



A4

Antrag

Initiator*innen: CampusGrün Münster (dort beschlossen am: 28.04.2026)

Titel: Rassismus und Polizeigewalt benennen, bekämpfen und mit Opfern solidarisieren!

Antragstext

3246 Die Campusgrün BDV möge beschließen:

3247 "Die Delegiertenversammlung von Campusgrün benennt vorherrschende rassistische
3248 Strukturen klar und solidarisiert sich mit den Opfern dieser Strukturen.

3249 Der Tod von Lorenz im April 2025 durch Polizeigewalt zeigt in aller Härte, wie
3250 dringend der Kampf gegen Rassismus und institutionelle Gewalt unsere politische
3251 Arbeit prägen muss. Auch an Hochschulen erleben Personen, deren ethnisch-
3252 religiöse Abstammung nicht christlich-deutsch ist, täglich Stigmatisierungen und
3253 strukturelle Diskriminierung. Als überwiegend ethnisch deutsche Gruppe müssen
3254 wir unsere Privilegien stetig reflektieren und daraus lernen. Dafür sollten wir
3255 uns selbst zurücknehmen aber auch andere Hochschulgruppen, Universitätsleitungen
3256 und politische Handlungsträger*innen dazu auffordern. Wir müssen Personen mit
3257 rassistisch verankerter Diskriminierungserfahrung zuhören und ihre Perspektiven
3258 ernst nehmen, ihre Forderungen in unsere politische Arbeit integrieren, unsere
3259 Privilegien nutzen um Diskriminierung und Rassismus abzubauen und unsere eigenen
3260 Perspektiven nicht als universell setzen. Um die eigenen Rassismen zu erkennen
3261 und zu verstehen, brauchen wir an den Universitäten umfassende Angebote, die
3262 sich speziell an nicht rassistisch marginalisierte Studierende richten. Konkret
3263 schlagen wir vor Kurse zu den Themen "Critical Whiteness" und "Allyship" zum
3264 Beispiel im Rahmen der Allgemeinen Studien oder vergleichbaren Modulen zu
3265 verankern. Darüber hinaus müssen diversitätssensible Hochschulstrukturen
3266 geschaffen werden, etwa durch Einrichtung unabhängiger Beschwerdestellen für
3267 Diskriminierungsfälle und antirassistische Schulungen für Lehrende und
3268 Verwaltungspersonal.

3269 Der Bundesvorstand wird beauftragt ebenfalls bei der politischen Arbeit von
3270 CampusGrün auf Bundesebene und insbesondere gegenüber den zuständigen
3271 politischen Akteur*innen Deutschlands Rassismusproblem klar zu benennen.
3272 Aufklärung wird meistens durch Angehörigen und Aktivist*innen eingefordert, dass
3273 Communities dies einfordern müssen und diese Aufklärung nicht von Seiten der
3274 Politik und Behörden kommt, ist bezeichnend. Polizeigewalt und rechte Strukturen
3275 in Institutionen müssen flächendeckend und öffentlich transparent aufgearbeitet
3276 werden.

3277 CampusGrün verpflichtet sich zudem selbst, die eigene Organisation
3278 antirassistisch weiterzuentwickeln durch regelmäßige interne Workshops zu
3279 "Critical Whiteness" und Rassismuskritik, aktive Vernetzung und Zusammenarbeit
3280 mit antirassistischen Initiativen, die Berücksichtigung antirassistischer
3281 Perspektiven bei der Arbeit in Gremien und Arbeitsgruppen sowie die Schaffung
3282 von Räumen, in denen rassistisch marginalisierte Personen ihre Anliegen
3283 einbringen können, ohne Bildungsarbeit für nicht rassistisch diskriminierte
3284 Mitglieder leisten zu müssen."

Begründung

Gerade als überwiegend weiße Gruppe dürfen wir uns nicht aus der Verantwortung nehmen und müssen rassistische Strukturen klar benennen und sie eben auch auf die Tagesordnung setzen. Gerade jetzt ist es von unabdingbarer Wichtigkeit laut für Gerechtigkeit zu sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

(Antrag wurde bereits auf der 51. BMV gestellt und wiederholt vertagt)